

KURSWECHSEL

DIE LINKE in den Landtag: Soziale Gerechtigkeit wählen

Schwarz-Gelb abwählen – damit die Arroganz der Macht ein Ende findet

Am 27. März schaut ganz Deutschland auf Baden-Württemberg. Die Wähler werden zum ersten Mal die Chance haben, die CDU in die Opposition zu befördern. Ein Machtwechsel in Stuttgart würde einem „politischen Erdbeben“ gleichkommen, schreibt die Stuttgarter Zeitung und folgert: „Kanzlerin Angela Merkel geriete in eine schwere Krise, und FDP-Chef Guido Westerwelle wäre endgültig reif für den Rücktritt.“ „Das wäre eine große Niederlage für die Hartz-IV-Parteien“, sagt Roland Hamm, Spitzenkandidat der LINKEN bei der Landtagswahl. Und er meint damit neben der CDU, der FDP und den Grünen auch und vor allem die SPD, die Partei, die unter Bundeskanzler Gerhard Schröder Hartz IV und die Agenda 2010 erfunden hat. Roland Hamm hat die SPD damals nach 27 Jahren aus Protest verlassen.

„Ich bin in die SPD eingetreten, weil sie für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie stand“, sagt der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Aalen und Schwäbisch Gmünd. Doch Schröders SPD habe genau das Gegenteil gemacht. „Die oberen Einkommenschichten wurden immer reicher, die mittleren und die unteren immer ärmer.“ Und so sei es dann unter Angela Merkel weitergegangen. Hamm: „Der Aufschwung, den die Kanzlerin besingt, ist doch bei den meisten Menschen immer noch nicht angekommen.“

Rambo-Methoden

„Und in den vergangenen zwölf Monaten mussten die Baden-Württemberger noch die Rambo-Methoden von Ministerpräsident Stefan Mappus ertragen“, ergänzt Marta Aparicio, die Frau im Spitzenduo der LINKEN. Die Arroganz der Macht müsse



Baden-Württemberg muss sozialer, demokratischer und ökologischer werden

endlich ein Ende haben. Der Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 passe nicht zu einem demokratischen Rechtsstaat, sagt die Stuttgarterin. Und mit dem milliardenschweren Kauf von EnBW-Aktien am Parlament

vorbei habe Ministerpräsident Mappus bewiesen, „dass er nicht einmal auf dem Boden unserer Verfassung steht“. Auch das Auftrittsverbot von Landtagskandidaten der LINKEN in unseren Schulen habe nichts mit Demokratie zu tun.

Der Albtraum des Stefan Mappus

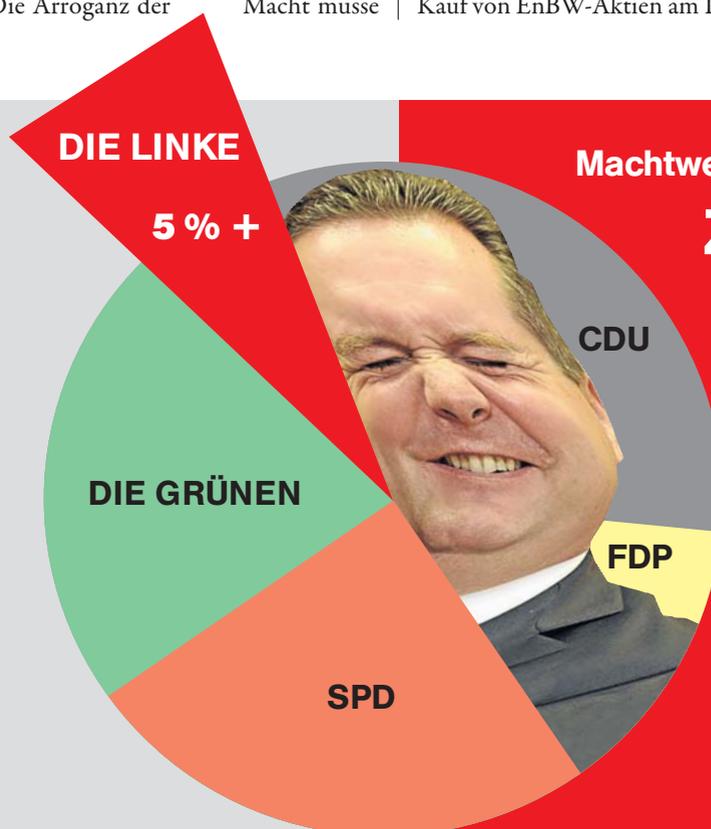


Seit Wochen träumt Stefan Mappus nur noch von einer Zahl: 4,99 Prozent. Mehr Stimmen dürfe DIE LINKE auf keinen Fall erhalten, hofft der CDU-

Mann. Sonst würde sein Albtraum Wirklichkeit: DIE LINKE erhält über fünf Prozent und zieht in den Landtag ein. Grün-Rot hätte dann – laut Umfragen – zusammen mit uns eine Mehrheit.

Wir stehen für einen echten Politikwechsel. Wählen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten.

Bernd Riexinger
Sprecher der LINKEN in Baden-Württemberg



Machtwechsel in Baden-Württemberg:

Zum Greifen nah

Nur wenn DIE LINKE in den Landtag einzieht, verliert Schwarz-Gelb die Mehrheit im Landtag.

Nur zusammen mit der LINKEN kann Grün-Rot Stefan Mappus auf die Oppositionsbank schicken.

Nur wenn DIE LINKE die Fünfprozenthürde überspringt, ist nach 57 Jahren ein Politikwechsel möglich.

Liebe Leserinnen und Leser,



die Landtagswahl am 27. März 2011 ist eine besondere Wahl. Erstmals nach über fünf Jahrzehnten haben Sie die reale Chance, die verbrauchte CDU geführte Regierung abzuwählen. Und Sie werden damit auch bundesweit ein Signal setzen. Ein Signal gegen die Arroganz der Macht. Ein Signal gegen den Afghanistan-Krieg und die Hartz-IV-Parteien. Ein Signal für mehr soziale Gerechtigkeit.

Ein Jahr Stefan Mappus ist genug. Er betreibt eine Politik der sozialen Kälte, trägt die politische Verantwortung für Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten und zeichnet sich durch ein mangelhaftes Demokratieverständnis aus.



Ein Politikwechsel ist aber nur möglich, wenn die CDU, die SPD, FDP und Grüne im Stuttgarter Landtag nicht unter sich bleiben.

Das ist wichtig für die Wiederherstellung des Sozialstaates und die Steuergerechtigkeit. Und das ist wichtig für unsere Demokratie, für einen Neuanfang in Baden-Württemberg. DIE LINKE in Baden-Württemberg ist eine junge und unverbrauchte Kraft. Sie wird frischen Wind in den Landtag bringen. Und sie wird das Zünglein an der Waage sein, wenn Sie als Wählerin oder Wähler dies wollen. Gehen Sie deshalb zur Wahl. Stimmen Sie für die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken.

Ihr Gregor Gysi
Ihr Oskar Lafontaine

Wir wollen einen echten Politikwechsel

Interview mit Marta Aparicio, der Spitzenkandidatin der LINKEN für die Landtagswahl

DIE LINKE tritt zum ersten Mal bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg an. Glauben Sie, dass die Wähler Vertrauen in eine so junge Partei haben?

Marta Aparicio: Seit Jahren werden wir von einer Maultaschen-Connection regiert. Die Wähler haben längst das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren. Ich höre immer wieder, dass viele einer jungen und unverbrauchten Kraft wie uns jetzt eine Chance geben wollen. Wir können frischen Wind in den Landtag bringen. Unser Motto heißt: sozial, auch nach der Wahl. Wir wollen einen echten Politikwechsel. Und Bürgerbewegungen wie die gegen das Milliarden-Grab Stuttgart 21 können sicher sein: Wir bleiben ein verlässlicher Partner.

Sie werfen Schwarz-Gelb Versagen in der Frauenpolitik vor.

Marta Aparicio: Die Frauen haben einiges erreicht. Doch immer noch müssen wir für Gleichberechtigung kämpfen. Gerade in Baden-Württemberg wissen viele Frauen nicht, wie sie ihre Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen lassen können. Denn wir haben zu wenige Betreuungsplätze. Familie und Beruf müssen aber endlich miteinander vereinbar werden.

Viele Frauen sind trotz Arbeit arm.

Marta Aparicio: Es gibt nach wie vor eine große Lohnlücke. Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit sind wir in der Europäischen Union an siebttletzter Stelle. In Baden-Württemberg beträgt der Entgeltunterschied sogar 28,5 Prozent. Viele Frauen arbeiten in Teilzeit, haben nur einen sozialversicherungsfreien Minijob oder müssen als Leiharbeiterinnen von einem Job zum anderen wechseln. Ja sogar Arbeit auf Abruf wird wieder Mode. Das betrifft übrigens auch Männer. Ich kenne junge



„Auch Migranten müssen gleiche Chancen bekommen.“ Marta Aparicio

Männer und Frauen, die noch nie länger als zwei Jahre an einem Arbeitsplatz gearbeitet haben. Wie sollen junge Leute bei so viel Unsicherheit eine Familie gründen? Ich will, dass Alleinerziehende, Lohn-Aufstockerinnen, Frauen im Einzelhandel oder in der Gastronomie von ihrem Einkommen ein würdiges Leben führen können.

Oft fehlt ihnen die nötige Ausbildung.

Marta Aparicio: Das ist großteils ein Ergebnis unseres maroden Schulsystems. Bildung muss endlich für alle gebührenfrei sein. Meine Töchter studieren noch. Deshalb muss ich für beide jeweils 1.200 Euro Studiengebühren pro Jahr bezahlen. Ich kenne Eltern, die das nicht können. Deren Kinder dann nebenher so lange arbeiten müssen, dass sie das Studium nicht mehr schaffen. Ist das gerecht? Auch Migrantinnen und Migranten müssen gleiche Chancen bekommen, denn nur so erreichen sie eine gleichberechtigte Integration.

Ich habe an der Volkshochschule Programme für Jugendliche entwickelt, die den Hauptschulabschluss nachma-

chen wollen. Ich erinnere mich an eine junge Frau ohne Schulabschluss. Sie hat nur von Mini-Jobs gelebt. Doch dann hat sie bei uns angefangen. Und obwohl sie schwanger wurden, schaffte sie schließlich den Abschluss. Meine Erfahrung: Wenn man Jugendliche gut begleitet, können sie meist ihre Ziele erreichen.

„Jetzt könnt ihr es schaffen“



Noch nie war die Hoffnung, die CDU in Stuttgart von der Macht zu drängen, so groß. Jetzt könnt ihr es schaffen. Und Schwarz-Gelb in

Berlin wird nicht mehr so weiterregieren können wie bisher. Das würde auch uns als linke Abgeordnete im Bundestag bei der Opposition helfen.

Euer Ulrich Maurer

Marta Aparicio

Geboren am 5. Januar 1952 in Buenos Aires, Argentinien
Deutsche und argentinische Staatsbürgerschaft
Verheiratet, zwei erwachsene Töchter
Ab 1970 Studium der Politikwissenschaften, der Ethnologie und der romanischen Philologie in Köln
1989 für kurze Zeit Mitglied der Grünen
Seit 1994 Fachbereichsleiterin bei der Volkshochschule in Stuttgart
1992 bis 1995 Mitglied der Frauenkommission Frauenhandel des Sozialministeriums
Bis 2009 fünf Jahre lang Mitglied des Internationalen Ausschusses des Stuttgarter Gemeinderats
Bis 2009 Mitglied des Beirats für Chancengleichheit der Stadt Stuttgart
Betriebsrätin

Der Aufschwung geht an den meisten Menschen vorbei

Interview mit Roland Hamm, dem Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahl

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl 2009 in Baden-Württemberg 7,2 Prozent erhalten. Wird sie das Ergebnis am 27. März wieder erreichen?

Roland Hamm: Ich traue uns ein Ergebnis zu, mit dem wir in den Landtag einziehen können. Denn die Menschen nehmen diese Wahl sehr ernst. Schließlich haben wir das erste Mal seit Jahrzehnten eine reale Chance, die inzwischen völlig verfilzte CDU aus der Regierungsverantwortung zu wählen, eine Partei, die vor allem von der Wirtschaft und Lobbyisten gesteuert wird. Die Politik hat aber den Menschen zu dienen. Sie muss die Cheftagen zügeln und sinnvolle wirtschaftliche Rahmenbedingungen festlegen. So führt die reine Exportorientierung in Baden-Württemberg schnell

DIE LINKE will eine sozialere, demokratischere und ökologischere Politik.

in die nächste Krise. DIE LINKE will einen sozialökologischen Umbau. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau regenerativer Energien. Kurz gesagt: Wir wollen, dass das Land sozialer, demokratischer und ökologischer wird.

Alle reden derzeit vom Aufschwung. Wird das nicht der CDU nutzen?

Roland Hamm: Der Aufschwung geht doch an den meisten Menschen vorbei, auch in einem vergleichsweise reichen Bundesland wie Baden-Württemberg. Die Armut hat auch bei uns zugenommen. Etwa jedes zehnte Kind benötigt Unterstützung nach den Hartz-IV-Regeln.

Aber in der Industrie brummt das Geschäft wieder.

Roland Hamm: Und die Leiharbeit boomt auch. Heute bekommt kaum



„Bei uns gibt es ein breites Spektrum an Kandidaten.“ Roland Hamm

mehr jemand einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Jeder vierte Beschäftigte in Baden-Württemberg hat atypische Verträge. So nennen das die Wirtschaftsforscher. Das sind mehr als eine Million Erwerbstätige, die in großer Unsicherheit leben, weil sie nur geringfügig, in Teilzeit, als Leiharbeiter oder befristet beschäftigt sind. Das wollen wir ändern. Dafür brauchen wir einen Regierungs- und einen Politikwechsel.

Es heißt, die Linke hätte gar nicht das Personal, um sich an einer Regierung beteiligen zu können.

Roland Hamm: Über eine Regierungsbeteiligung will ich nicht spekulieren. Aber wir haben hervorragende Kandidaten. Und auch sonst gibt es in unseren Reihen hoch qualifizierte Leute, Wirtschaftswissenschaftler, Professoren, Schulleiter, angesehene Juristen und so weiter. Denn ein Landesminister muss nicht unbedingt auch Abgeord-

neter sein. Doch jetzt wollen wir erst einmal unser Wahlziel erreichen.

Gäbe es genug Gemeinsamkeiten mit SPD und Grünen?

Roland Hamm: Wer die drei Wahlprogramme liest, bemerkt, dass es durchaus eine Schnittmenge gibt. Das beginnt bei A wie Atomausstieg und endet bei V wie Volksbefragung. Aber nur mit uns gibt es eine Garantie für einen wirklichen Politikwechsel.

DIE LINKE in Baden-Württemberg gilt als eine Art Gewerkschaftspartei. Kann sie damit genügend Wähler ansprechen?

Roland Hamm: Gewerkschafter haben bewiesen, dass sie sich erfolgreich für andere Menschen einsetzen können. Das ist eine Stärke, mit der wir punkten können. Doch bei uns gibt es ein breites Spektrum an Kandidatinnen und Kandidaten. Wir haben ehemalige SPD-Mitglieder, die häufig eine reichhaltige politische Erfahrung mitbringen. Denken Sie an Ulrich Maurer, der die SPD im Südwesten viele Jahre lang geführt hat und jetzt für DIE LINKE im Bundestag sitzt.

Wie sieht es in anderen Politikfeldern aus?

Roland Hamm: Zu unseren Kandidatinnen und Kandidaten gehören praktizierende Christen, Pädagogen und Professoren. Und unsere Spitzenkandidatin Marta Aparicio arbeitet als Fachbereichsleiterin bei der Volkshochschule. Bildung und individuelle Förderung für alle, das hat in der LINKEN einen großen Stellenwert. Das gleiche gilt für den Umweltschutz und für den Verkehr. Einige unserer Kandidaten stammen aus der Ökobilogische Bewegung oder waren Mitglieder der grünen Partei. Außerdem kandidieren etliche Stadt- und Kreisräte, die sich sehr gut in der Kommunalpolitik auskennen.

Vermögenssteuer einführen

DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die für Verteilungsgerechtigkeit steht. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und ihre Profiteure zahlen, nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Großkonzerne und Vermögende sollen endlich wieder mehr Steuern abführen – bei-



spielsweise durch die Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes.

Allein die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer von fünf Prozent – bei einem Freibetrag von einer Million Euro – würde Baden-Württemberg jährlich bis zu zehn Milliarden in die öffentlichen Kassen spülen.

Sybille Stamm
Landessprecherin der LINKEN

Roland Hamm

Geboren 11. November 1956 in Westhausen, verheiratet, zwei Kinder
Ausbildung und Tätigkeit als Industriekaufmann
Gewerkschaftsmitglied seit 1973, Jugendarbeit, dann Betriebsratsvorsitzender
Seit 1981 Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Aalen
Seit 1989 Erster IG-Metall-Bevollmächtigter in Aalen
Seit 2008 zusätzlich die gleiche Funktion bei der IG Metall Schwäbisch Gmünd
Mitglied des Verwaltungsrats der AOK Baden-Württemberg, alternierender Vorsitzender der AOK Ost-Württemberg
1976 bis 2003 SPD-Mitglied
1994 bis 2005 Gemeinderat der Stadt Aalen
2004 Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)
Seit 2009 Gemeinderat in Aalen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Pro Aalen
Aufsichtsrat der Carl Zeiss AG als Vertreter der Arbeitnehmer

Keine öffentlichen Aufträge für Abzocker

DIE LINKE lehnt Privatisierungen ab und fordert ein Tariftreuegesetz für die öffentliche Hand

Leiharbeit, Minijobs, Dumpinglöhne: Das kommt fast immer dabei heraus, wenn Kommunen ihre Müllabfuhr abschaffen oder wenn Krankenhäuser die Küche schließen. Privatfirmen machen es billiger. „Aber meistens nur, weil sie Niedriglöhne zahlen“, kritisiert Bernhard Strasdeit. Er hat die Billiglohn-Masche als Tübinger Kreisrat bekämpft. Jetzt will er dagegen im Landtag vorgehen. Der Landesgeschäftsführer der LINKEN kandidiert im Wahlkreis Tübingen.

„Die Eigentümer streichen meist hohe Gewinne ein“, sagt Strasdeit. Viele schickten ihre Leute trotzdem als „Aufstocker“ zum Jobcenter, wenn der karge Verdienst ihrer Arbeiter nicht zum Überleben reicht. Sie bekommen dann so viel Arbeitslosengeld, dass sie finanziell Hartz-IV-Empfängern gleichgestellt sind. „1,4 Millionen Aufstocker gibt es mittlerweile in Deutschland“, empört sich Strasdeit, „so darf die Zukunft unserer Jugend nicht aussehen“, sagt der Vater von drei Kindern.

Es geht auch um die Würde

Privatisierungen seien teuer, jedenfalls dann, wenn man die sozialen Folgekosten mit einrechnet. So argumentieren die LINKEN in den Gemeinderäten und Kreistagen. Sie machen sich dafür stark, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu erhalten. Strasdeit: „Dabei geht es uns nicht nur ums Geld, son-

dern auch um Würde. Oder gehören Menschen, die Toiletten sauber machen, Müll entsorgen oder im Wald arbeiten, etwa nicht zu uns?“

Auch der Tübinger Kreistag hatte die Wahl: Er konnte den Abfall weiter von der kommunalen Müllabfuhr abholen lassen oder damit eine Privatfirma beauftragen. Die Betroffenen und ihre Gewerkschaft Verdi sprachen sich deutlich gegen eine Privatisierung aus. Die LINKEN unterstützten sie von Anfang an. Schließlich fand sich im Kreistag eine Mehrheit für die kommunale Lösung.

Landauf, landab treten DIE LINKEN in den Kommunalparlamenten für Rekommunalisierung ein – also dafür, dass die öffentliche Hand Aufgaben wie die Wasser- oder Energieversorgung wieder selbst übernimmt. „Und wenn die Kommunen oder das Land Aufträge vergeben, dann müssen die Firmen ordentliche Löhne zahlen“, findet Strasdeit. Neben einem gesetzlichen Mindestlohn fordert DIE LINKE ein Tariftreuegesetz: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifstandards einhalten. Abzockerfirmen erhalten keine mehr. Städte und Gemeinden brauchen aber auch Geld für Kindertagesstätten und Schulsozialarbeit. Sie müssen Schlaglöcher stopfen oder Schülerfahrkarten bezahlen. Deshalb, so Strasdeit, müsse



Privatisierung verhindert:
Bernhard Strasdeit im Gespräch mit dem Tübinger Müllwerker Jean Dieux

sich Baden-Württemberg beim Bund für eine Millionärssteuer starkmachen. „Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten“, sagt der Tübinger. Als Abgeordneter würde er sich vor allem für die Bekämpfung von Armut und für die Kommunen einsetzen. Er würde gegen die von der FDP geforderte Privatisierung der Unikliniken angehen und versuchen, vereinfachte Bürgerentscheide und direkt gewählte Landräte durchzusetzen.

DIE LINKE im Internet

Auf unserer Internetseite finden Sie Angaben zu den Kandidatinnen und Kandidaten, das Wahlprogramm sowie die Wahlprospekte zum Herunterladen. Sie können aktuelle Meldungen und Videos, das Presseecho und Wahlkampftermine abrufen.

www.dielinke-in-den-landtag.de

- Ich möchte gerne mehr Informationen über DIE LINKE.
- Bitte schicken Sie mir das Wahlprogramm.
- Ich möchte DIE LINKE im Wahlkampf unterstützen.
- Ich will Mitglied werden.

Familiename, Vorname

Straße, Hausnummer

E-Mail und/oder Telefonnummer

Bitte senden an:

DIE LINKE. Baden-Württemberg

Marienstraße 3A

70178 Stuttgart

info@die-linke-bw.de

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Mappus grenzt die Linken aus

Ein grober Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz

Demokratie à la Stefan Mappus: CDU, SPD, FDP und Grüne – der Rest muss bei Podiumsdiskussionen zur Landtagswahl an Schulen draußen bleiben. So verlangt es Marion Schick, die neue Kultusministerin von Stefan Mappus. Ob in Tübingen, Reutlingen, Göppingen, Markgröningen, Freudenstadt, Lahr, Wangen oder Sinsheim, überall haben die Kandidaten der LINKEN Auftrittsverbot bekommen. Dabei ist die Partei 2009 in den Bundestag mit zwölf Prozent der Stimmen gewählt worden; in Baden-Württemberg bekam sie sieben Prozent.

Beispiel Tübingen: Die Schülermitverantwortung (SMV) des Kepler-Gymnasiums hatte zu ihrem Wahlpodium auch Bernhard Strasdeit, den Kandidaten der Linken und den Bewerber der Piratenpartei eingeladen. Einen Tag vor der Veranstaltung hat das Kultus-

ministerium die Teilnahme der Kandidaten der Piratenpartei und der Linken verboten. Bernhard Strasdeit protestierte gegen „den massiven Eingriff in die demokratischen Grundrechte und die Bevormundung der SMV“.

Ähnliche Lage in Wangen im Allgäu, wo die Kaufmännische Schule Reinhard Gumz ausladen musste. Dies sei ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, sagte der Landtagskandidat. Offenkundig habe Mappus Angst, dass die LINKEN in den Landtag einziehen wird.

Doch die Schüler des Kepler-Gymnasiums hatten Glück. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer erklärte die Kandidatenrunde im städtischen Schulgebäude kurzerhand zur Veranstaltung der Stadt. Er ließ alle Kandidaten zu, die die Schüler eingeladen hatten.

Gute Bildung heißt fördern statt ausgrenzen

Landtagskandidat Roland Schuster: Arbeiterkinder werden in der Schule benachteiligt

In welchem Land leben wir“, fragt Jutta Graf-Baier, „dass eine so erfolgreiche Schule wie die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried nicht als Regelschultyp zugelassen wird“? Seit über 35 Jahren führt sie Schülerinnen und Schüler erfolgreich zu den unterschiedlichen Abschlüssen. Auch viele Schüler ohne Gymnasialempfehlung schaffen an der Gesamtschule das Abitur.

„Die Jugendlichen kommen häufig aus Familien, die ihre Kinder schulisch nicht genug unterstützen können“, sagt Jutta Graf-Baier. Die Kandidatin des Wahlkreises Mannheim II, die viele Jahre stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats beim Mannheimer Zeitungsverlag war, weiß, wovon sie spricht. Sie hat selbst einen Hauptschulab-

Die Landesregierung blockiert das Gesamtschulprojekt.

schluss. Und sie bedauert noch heute, dass sie ihre beiden Kinder nicht auf die Mannheimer Gesamtschule schicken konnte, weil die Familie früher in Ladenburg wohnte.

Drei Jahre besuchen die Schülerinnen und Schüler der Mannheimer Gesamtschule die integrierte Orientierungs-

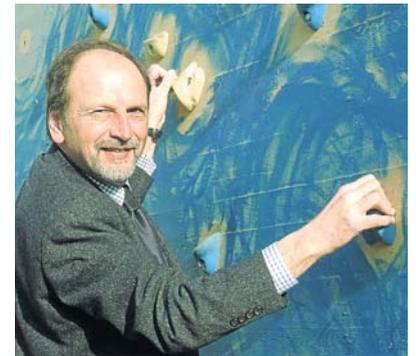
stufe. Erst nach der siebten Klasse entscheiden sie sich für eine bestimmte Schullaufbahn. Die Schule ist bei Eltern und Schülern äußerst beliebt. Die Anmeldequoten liegen um 100 Prozent über der Aufnahmekapazität. Deswegen hat der Gemeinderat die Errichtung einer zweiten Gesamtschule im Mannheimer Süden beschlossen. Doch die Stuttgarter Landesregierung

blockiert das Projekt, wo sie nur kann. „Frühzeitige Selektierung der Kinder nach Klasse vier ist für die CDU eine Heilige Kuh“, kritisiert Roland Schuster, der zweite Mannheimer Landtagskandidat der Linken. „Quer durch alle Studien“, so der Bombardier-Betriebsrat, „ist erwiesen: Arbeiterkinder werden benachteiligt“.

„Die Mannheimer Gesamtschule zeigt,



In welchem Land leben wir? Jutta Graf-Baier und Roland Schuster



Schulleiter Erhard Korn an der Kletterwand

dass längeres gemeinsames Lernen der richtige Weg ist“, bestätigt Erhard Korn, der Leiter der Blankensteinschule in Steinheim an der Murr. Dabei sei die Mannheimer Gesamtschule nicht einmal das Schulmodell, das DIE LINKE fordert, ergänzt Korn, der Mitglied der LINKEN ist. Das Kapitel Bildungspolitik im Wahlprogramm der LINKEN stammt zum Großteil aus seiner Feder. Er ist Landesvorsitzender der Fachgruppe Hauptschulen bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

„Gute Bildung heißt fördern statt ausgrenzen“, sagt Jutta Graf-Baier. Und sie hofft, dass ihr Enkelkind und alle anderen Kinder Baden-Württembergs bald eine moderne Gemeinschaftsschule besuchen können.

Die Gesundheitsreform führt zu weiterem Sozialabbau

Der Freiburger Medizin-Professor Lothar Schuchmann fordert eine Bürgerversicherung

Wenn Lothar Schuchmann über Gesundheitspolitik spricht, denkt er in erster Linie an seine früheren kleinen Patienten. Als langjähriger Kinderarzt im Freiburger Stadtteil Landwasser, einem sozialen Brennpunkt, musste er sich häufig mit den gesundheitlichen und bildungsrelevanten Folgen von Armut und sozialer Ausgrenzung befassen. „Kinderarmut in unserem reichen Land ist nicht naturwüchsig, sie war und ist politisch gewollt“, sagt der emeritierte Universitätsprofessor, der für DIE LINKE im Wahlkreis Freiburg II kandidiert.

„Wer Hartz IV wollte und will, dem sind Zukunft und Lebensperspektiven von Millionen armer Kinder und Jugendlicher gleichgültig.“ Die jüngste Gesundheitsreform von Gesundheitsminister Philipp Rösler führe dazu, dass der Sozialabbau weitergeht. Schuch-



Kinderarzt Prof. Lothar Schuchmann

mann: „Nutznießer sind derzeit die Pharmaindustrie und private Krankenversicherungen.“ Das Einfrieren des Arbeitgeberanteiles auf 7,2 Prozent sei vollkommen inakzeptabel. Damit müssten die Versicherten jede Kostensteigerung künftig allein übernehmen.

Der Freiburger Kinderarzt fordert die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung: Jeder müsse einzahlen, und zwar abhängig von seinem Einkommen. Dazu gehörten auch die Kapitaleinkünfte. So lasse sich der Beitragssatz senken und die unsozialen Zuzahlungen und Zusatzbeiträge könnten abgeschafft werden.

Jetzt hofft Lothar Schuchmann, dass die Landtagswahlen in Baden-Württemberg eine Trendwende in ganz Deutschland einleiten, „damit wir dann auch in Berlin endlich eine andere Politik bekommen“.

Investitionsprogramm und Zukunftsfonds

In der Krise hat sich gezeigt, wie anfällig die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft ist. Um Arbeitsplätze, Lebensqualität und die Umwelt zu sichern, ist ein sozialökologischer Umbau erforderlich. Dazu will DIE LINKE ein Investitionsprogramm auflegen sowie einen Zukunftsfonds einrichten.

Umweltschützer loben DIE LINKE

Baden-Württemberg hätte seit der Übernahme von 45 Prozent der EnBW-Aktien die Möglichkeit, schnell aus der Atomkraft auszusteigen. Dies ist die Forderung der LINKEN. Die Partei steht nach einer Auswertung der Wahlprogramme aller Parteien den Zielen des Bundes für Umwelt- und Naturschutz und des Naturschutzbundes zusammen mit den Grünen am nächsten. So die Vorsitzenden der beiden Organisationen.

DIE LINKE in Nordbaden

DIE LINKE. Baden-Württemberg tritt in allen 19 Wahlkreisen des Regierungsbezirks Karlsruhe (Nordbaden) an. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhält sie keine Spenden aus den Konzernnetzen. So hat Schraubenkönig Adolf Würth die CDU mit 100 000 Euro bedacht.

Der Arbeitgeberverband Südwestmetall überwies der Mappus-Partei 200 000 Euro und der FDP 75 000 Euro. Dieter Zetsche, Daimler-Chef und bekennender Stuttgart-21-Befürworter, hat sich

doppelt abgesichert. Er überwies den Christdemokraten und den Sozialdemokraten jeweils 150 000 Euro.

**Unterstützen Sie den Wahlkampf der LINKEN:
DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart
BLZ 600 100 70 · Konto 289 582 700
Spenden sind steuerlich absetzbar, für eine
Bescheinigung bitte Name und Adresse angeben.**



Karlsruhe I
Elwis Capece (45)
Sekretär der
Gewerkschaft NGG



Karlsruhe II
Michael Fischer (28)
Historiker



Bruchsal
Thurid Feldmann (47)
Kaufmännische
Angestellte



Bretten
Heinz-Peter Schwertges (51)
Gärtner



Ettingen
Michael Fischer (28)
Historiker



Rastatt
Norbert Masson (53)
Elektromeister



Baden-Baden
Sebastian Hildebrand (49)
Grund- und
Hauptschullehrer



Heidelberg
Bernd Zieger (42)
Wirtschaftsinformatiker



Mannheim I
Roland Schuster (55)
Energieelektroniker



Mannheim II
Jutta Graf-Beier (63)
Langjährige Betriebsrätin,
jetzt Rentnerin



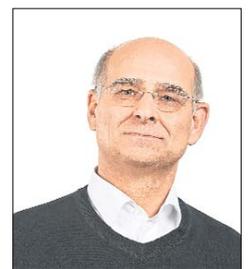
Wiesloch
Dr. Edgar Wunder (41)
Sozialwissenschaftler,
Kreisrat im Kreis Rhein-
Neckar



Neckar-Odenwald
Burkhard Malotke (57)
Diplom-Verwaltungswirt



Weinheim
Matthias Hördt (45)
Fachinformatiker



Schwetzingen
Heinrich Stürtz (61)
Jurist



Sinsheim
Christoph Rehm (28)
Politikwissenschaftler



Pforzheim
Claus Spohn (56)
Diplom-Sozialarbeiter,
Gemeinderat in Pforzheim



Calw
Ronny Schmidt (27)
Lehramtsstudent



Enz
Uwe Riehl (46)
Diplom-Sozialpädagoge



Freudenstadt
Rolf Eberhard (50)
Selbstständiger Kaufmann

Zweiklassen-Medizin

Thurid Feldmann fordert mehr Geld für Krankenhäuser

Lange hat sie andere Politik machen lassen, doch irgendwann ging ihr der Sozialabbau zu weit und sie begann sich einzumischen. Nun kandidiert Thurid Feldmann im Wahlkreis Bruchsal für den Landtag. Kurz hatte es die 47-jährige in die SPD verschlagen. „Aber ich musste feststellen: Das sind

gar keine Sozialdemokraten.“ Also trat die Industriekauffrau 2008 in die Partei die LINKE ein. Die Gesundheitspolitik ist ihr Steckpferd. „Ich bin seit 35 Jahren im Verkauf tätig und die Kunden erzählen zunehmend, wo sie beim Arzt wieder zuzahlen mussten, welche Behandlung

die Kasse nicht übernimmt – das wird immer schlimmer“, stellt Feldmann fest. Für eine flächendeckende, gute medizinische Versorgung für alle müsse zunächst mal der Investitionsstau von über 500 Millionen Euro in den baden-württembergischen Krankenhäusern aufgelöst werden, sagt die Kan-

didatin, die auch Mitglied bei Verdi und attac ist. Für Nordbaden fordert die Bruchsaler Landtagskandidatin die Abschaltung des Atomkraftwerkes Phillipsburg und die Stilllegung der Versuchfelder mit genmanipuliertem Mais im Landkreis Karlsruhe.

Intelligente Mobilität schafft neue Jobs

Roland Schuster fordert, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg auf die Zukunft vorbereitet wird

Überzeugter Gewerkschafter, Bezirksbeirat in Mannheim und Gegner von Stuttgart 21 – das ist Roland Schuster. Der 55-Jährige tritt bei den Landtagswahlen für DIE LINKE in Mannheim I an.

Falls er in den Landtag einzieht, möchte sich der IG-Metaller vor allem mit Arbeits- und Wirtschaftspolitik beschäftigen: „Ich halte es für wichtig, unsere Industrie umzubauen. Baden-Württemberg muss endlich ernsthaft auf erneuerbare Energien umsteigen und sich von der Kernkraft- und Kohle-Lobby lösen“, sagt der Energieelektroniker, der beim Eisenbahn-Konzern Bombardier in Mannheim Betriebsrat ist. Stuttgart 21 ist für den Metaller auch eine soziale Frage. „Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Steuergelder für ein Immobilienprojekt im Stuttgarter Untergrund vergraben werden“, sagt der Landtagskandidat. „Das Geld brauchen wir für wichtige Schienenprojekte sowie für unsere Kinder, für die



Stuttgart 21 ist für den Metaller auch eine soziale Frage. Roland Schuster

Bildung und für soziale Aufgaben. Außerdem sollten wir es dafür verwenden, die Wirtschaft in Baden-Württemberg auf die Zukunft vorzubereiten.“ Die Krise habe gezeigt, dass wir zu abhängig von der Autoindustrie sind. Schuster: „Wir müssen intelligente Mobilität anbieten; das nutzt der Umwelt und schafft neue Jobs – auch für unsere Kinder und Enkel.“ Wer auf die alten Konzepte setze, vernichte Arbeitsplätze. Schuster kennt die Probleme des Schienenverkehrs aus meh-

renen Blickwinkeln. Er macht seit vielen Jahren bei der Gruppe „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ mit und unterstützt die Initiative „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“. Um den Regionalverkehr ausbauen zu können, benötige die Linie Mannheim – Heidelberg dringend ein bis zwei Gleise mehr, sagt der Mannheimer. Ähnliches gelte für den bereits 1992 beschlossenen Ausbau der ICE-Strecke zwischen Mannheim und Frankfurt und für die ebenso beschlossene Er-

tüchtigung des Mannheimer Hauptbahnhofs. „Aber wenn die Milliarden für Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse nach Ulm verbaut werden, ist dafür kein Geld mehr da.“ Schuster setzt deshalb darauf, dass die Ablehnung des Projekts im Landtag und im Bundestag zunehmen wird. Und er weiß die aus Heidelberg stammende Bundestagsabgeordnete Sabine Leidig hinter sich. Schuster: „Sie ist die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN und tut alles, um S21 zu stoppen.“



Gegen S21: Abgeordnete Sabine Leidig

Bildung für alle

Michael Fischer fordert die Abschaffung der Studiengebühren

Mit 29 Jahren gehört Michael Fischer zu den jungen Aktiven der LINKEN. Der Doktorand der Geschichte kandidiert in zwei Wahlkreisen: Karlsruhe II und Ettlingen.

Schon als Schüler engagierte sich Michael Fischer politisch. An der Universität Karlsruhe wurde er Mitglied des Studierendenparlaments. Er war zeitweise baden-württembergischer Landessprecher der Hochschulgruppen der Jungsozialisten. Drei Jahre lang gehörte er der SPD an. 2009 kehrte er der Partei frustriert den Rücken. Weil er die Funktionäre kennt, ist Fischer überzeugt: „Wenn die SPD-Genossen jetzt auf sozial machen, ist das reine Taktik. Nach der Wahl gilt das nicht mehr.“ Die SPD und die Grünen böten keine Alternative zur neoliberalen Politik.

Nur mit den LINKEN im Landtag sei ein wirklicher Politikwechsel in Baden-Württemberg möglich.

„Ob Stuttgart 21, Atom- oder Bildungspolitik: Die Interessen der Mehrheit werden missachtet“, sagt Michael Fischer. Bildung gehört für den Landtagskandidaten zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Gerade im sogenannten „Kinderland Baden-Württemberg“ fehlen aber überall freie Plätze in den Kindertagesstätten, sagt der Doktorand der Geschichte. Für Berufstätige und Alleinerziehende sei das ein großes Problem. Deshalb hat der junge Landtagskandidat schon während seines Studiums gegen die Einführung von Studiengebühren gekämpft. Fischer: „Wir wollen, dass Bildung und Ausbildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule allen offensteht.“

Sozialstaat wiederherstellen

Der derzeitige Aufschwung ist ein Aufschwung für eine kleine Minderheit. Immer mehr Menschen müssen von ungesicherten Jobs leben. Die Hartz-Gesetze führen zur Zerstörung der Existenz ganzer Familien. Verantwortlich dafür sind SPD, Grüne, CDU und die FDP gemeinsam.

Wir brauchen eine gerechtere Wirtschaftsordnung, die wirklich Demokratie ermöglicht und die Zerstörung der Umwelt aufhält. DIE LINKE fordert die Wiederherstellung des Sozialstaates. Auch deshalb ist es wichtig, dass wir nach der Wahl am 27. März in den Landtag von Baden-Württemberg einziehen.

Bernd Zieger
Wirtschaftsinformatiker und Kandidat im Wahlkreis Heidelberg

Impressum

KURSWECHSEL

Ausgabe Nordbaden
(Regierungsbezirk Karlsruhe)

Nr. 3, März 2011
Herausgeber: DIE LINKE, Baden-Württemberg
Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart
0711 / 24 10 45
info@die-linke-bw.de

Verantwortlich: Bernhard Strasdeit

Fotos: Rita Eggstein, Anne Faden, Frank Hoppe, Daniel Kopatsch (dapd), Marijan Murat (dpa), Friedrun Reinhold, Claudia Schäfer, Harald Schröder, Frank Schwarz, Martin Storz, privat, Dig/Trialon, Archiv DIE LINKE

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Internetauftritt der LINKEN
zu den Landtagswahlen
www.dielinke-in-den-landtag.de

Die Betreiber von Stuttgart 21 tricksen und manipulieren

Interview mit Stadtrat Hannes Rockenbach vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 und dem Parkschützer Matthias von Herrmann

Welchen Stellenwert hat die Wahl am 27. März für den Kampf gegen Stuttgart 21?

Matthias von Herrmann: Wenn die Bürger es schaffen, Schwarz-Gelb abzuwählen, ist dies ein wichtiger Meilenstein. Statt das Geld in ein unsinniges Milliarden-Projekt zu stecken, muss es das Land für eigene Aufgaben ausgeben, allem voran für mehr Lehrer und bessere Studienbedingungen.

Hannes Rockenbach: Noch nie hatten wir vor einer Wahl eine so starke und gut vernetzte Bürgerbewegung. Wir haben in fast allen Wahlkreisen Aktionsbündnisse. Und zum ersten Mal seit 57 Jahren besteht die Möglichkeit, den schwarzen Filz abzuwählen. Aber wir haben noch verdammt viel Arbeit vor uns. Wir müssen auch die Unentschlossenen und die Wechselwähler erreichen. Denn die beiden Parteien, die Stuttgart 21 ablehnen, sollten ein möglichst hohes Ergebnis bekommen. Wichtig ist, die Linke muss unbedingt die Fünfprozenthürde überspringen.

Matthias von Herrmann: Ich habe den Eindruck, dass auch immer mehr Menschen auf dem Land bewusst wird, welche Nachteile Stuttgart 21 für sie bringen würde: Der ohnehin vernachlässigte Regionalverkehr würde nicht verbessert – im Gegenteil.

Ist der Kampf gegen Stuttgart 21 auch ein Kampf für mehr Demokratie?

Hannes Rockenbach: Die Demokratiefrage ist die Klammer aller unserer Bündnisse. Die Leute wollen ihre Zukunft selbst gestalten.

Matthias von Herrmann: Die Menschen haben gesehen, dass sie nicht ernst genommen werden, dass die Betreiber von Stuttgart 21 tricksen, manipulieren oder wichtige Unterlagen verheimlichen.

Ruft ihr zur Wahl bestimmte Kandidaten auf?

Hannes Rockenbach: Nein. Unser Motto heißt: Tunnel-Parteien abwählen, also diejenigen, die den Bahnhof unter die Erde bringen wollen. Und unser Ziel ist, die schwarz-gelbe Prügel-Regierung loszuwerden.

Was macht ihr nach der Wahl?

Matthias von Herrmann: Egal wer mit wem koalieren wird, wir machen weiter, bis das Milliarden-Projekt beendet ist. Und wir werden Aktionen organisieren, um auf die kommenden



Vermittler Heiner Geißler und Hannes Rockenbach vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21



„Wir machen weiter.“ Parkschützer Matthias von Herrmann

Koalitionsverhandlungen Einfluss zu nehmen. Denn manche befürchten, dass man die Grünen zum Jagen tragen muss. Wir werden keine Kompromisse akzeptieren.

Hannes Rockenbach: In die Falle von Angela Merkel werden wir nicht laufen. Sie sieht in der Landtagswahl einen Volksentscheid und hofft, dass wir

danach wieder zur Tagesordnung übergehen. Wir verlangen eine echte Bürgerbefragung der betroffenen Menschen in der Region Stuttgart. Und wenn im Schlosspark trotzdem erneut Bäume gefällt werden oder die Abrissbagger zum Südflügel des Hauptbahnhofs kommen, dann werden wir friedlich und fantasievoll Widerstand leisten.

Sybille Stamm, die Sprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg, und die kaufmännische Angestellte **Liane Krusche** sind die Vertreterinnen der LINKEN im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21. Dem Bündnis gehören der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), die Parkschützer und sechs weitere Stuttgarter Bürgerinitiativen an sowie drei politische Parteien: die Grünen, das parteifreie Bündnis „Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)“ und DIE LINKE. Sybille Stamm war lange Jahre Verdi-Chefin in Baden-Württemberg.

Hannes Rockenbach ist eines der bekanntesten Gesichter der Bewegung gegen Stuttgart 21. Er hat schon vor 15 Jahren Unterschriften gegen das Milliarden-Projekt gesammelt. Rockenbach gehörte bei der Geißler-Runde im Stuttgarter Rathaus zu den Sprechern der Projektgegner. Im Stuttgarter Gemeinderat leitet er die Fraktion SÖS/DIE LINKE.

Matthias von Herrmann ist Sprecher der Parkschützer. Früher hat der Politologe für Greenpeace Pressearbeit gemacht.

Die Internetseite der LINKEN zu Stuttgart 21:
www.Stuttgart21-stoppen.de